

## Kurzeinstieg - Antworten auf die 18 häufigsten Fragen

### 1. Warum wird die Arbeitslosigkeit auf Dauer immer weiter steigen?

Unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:ArbeitsloseBRD.PNG> sieht man, wie sich die Arbeitslosigkeit langfristig entwickelt. In wellenartigen Stufen steigt der Sockel der Arbeitslosigkeit immer weiter an, verharrt einige Jahre auf ähnlichem Niveau und sinkt kurzzeitig jedes Mal ein wenig (wie z.B. 2006), um anschließend um so stärker weiterzusteigen. Warum geschieht das? Von dem einmaligen Anstieg aufgrund der Wiedervereinigung abgesehen gibt es u.a. drei Ursachen ([mehr](#)):

**Ursache Nr. 1 ist die Automation.** Die Produktionstechnologie wird vor allem seit dem Beginn des Siegeszugs der Computer in den 1970er-Jahren immer leistungsfähiger und immer billiger. Der ewige betriebswirtschaftliche Zwang zur Kostensenkung treibt den Erfindungsreichtum von Rationalisierern immer weiter an. Immer kompliziertere menschliche Arbeit kann durch Maschinen / Roboter / Computer kostengünstiger ersetzt werden (bei oftmals höherer Qualität). Der Wettbewerb zwingt Unternehmen, diesen Rationalisierungswettlauf immer weiter fortzuführen. Ergebnis: Immer mehr Menschen werden produktionstechnisch überflüssig – auch bei Dienstleistungen (siehe u.a. Entlassungen bei Banken/Versicherungen). Siehe [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?\\_seite=1](http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/916564?_seite=1)

**Ursache Nr. 2 ist der globale Wettbewerb bei Lohn, Bildung und Produktivität.** Arbeitnehmer aus Niedriglohnländern sind nicht nur billiger – sie bleiben es auch, weil dort erstens hunderte Millionen Arbeitsuchende nachdrängen und zweitens sogar dort die Automation Arbeitsplätze verdrängt. Der globale Bildungswettbewerb führt zu immer mehr hochqualifizierten Arbeitnehmern in Niedriglohnländern. Deren steigende Qualifikation baut den Wissensvorsprung der alten Industrienationen immer weiter ab, so daß die Existenzgrundlage der Industrienationen schwindet.

**Ursache Nr. 3 ist das so genannte „Mismatch“.** Die Arbeitswelt wandelt sich. Alte Berufe/Aufgaben fallen weg, neue entstehen. Die neuen Berufe/Jobs sind jedoch nicht nur zahlenmäßig weitaus weniger als die alten – sie stellen auch immer höhere Anforderungen. Deshalb haben immer mehr Arbeitswillige mit veralteten/unerwünschten Eigenschaften (Qualifikation, Alter, etc.) trotz offener Stellen keine Chance mehr am Arbeitsmarkt. Auch der Qualifikationswettbewerb verschärft sich parallel zum technologischen Fortschritt. Die ewig steigenden Anforderungen haben zu Folge, daß immer mehr Tätigkeiten für durchschnittlich begabte Menschen unerreichbar sind.

### 2. Löst der angebliche Aufschwung das Problem?

Nein. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen **Teilzeitjobs** seit Jahren leicht steigt, **sinkt** die Zahl der **Vollzeitjobs** erheblich. Obwohl die Wirtschaft stetig wächst, sinkt die Zahl der „echten“ Arbeitsplätze. Zudem sinken die Gehälter. Gehaltssteigerungen – sofern es sie überhaupt gab – lagen bei den [unteren 80%](#) der Arbeitnehmer [unter der Preissteigerung](#).

### 3. Wie kann die Strategiepartei die Arbeitslosigkeit komplett beseitigen?

Durch ein Bündel von Maßnahmen, von denen drei besonders wichtig sind: Erstens die Abschaffung aller Steuern, mit Ausnahme der Umsatzsteuer. Deutschland würde also durch steuerfreie Gewinne und Einkommen zur Steueroase, während eine höhere Umsatzsteuer die öffentlichen Haushalte finanziert und entschuldet sowie die Sozialsysteme teilweise unterstützt. Zweitens die vollständige Abschaffung der Lohnnebenkosten. Beide Maßnahmen bewirken auch, daß alle Arbeitnehmer ihr Bruttogehalt als Nettogehalt erhalten. Dies allein würde über 60% mehr Kaufkraft und einen entsprechenden Umsatzboom bedeuten. Aber das reicht bei weitem nicht, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, weil sie die Ursache nicht beseitigen.

Das kann nur die dritte Maßnahme – die Einführung des „[Bandbreitenmodells](#)“. Dabei werden sämtliche privatwirtschaftlichen Arbeitsplätze finanziell belohnt. Je nachdem, wie viele Inlandsmitarbeiter im Verhältnis zum Inlandsumsatz ein Unternehmen beschäftigt, erhält es „Arbeitsplatzprämien“. Diese Prämien werden nicht ausbezahlt, sondern mit einer sehr hohen Umsatzsteuer verrechnet, wodurch der tatsächliche Satz der Umsatzsteuer auf einen niedrigen Wert sinken kann. Die Arbeitsplatzprämien kosten den Staat keinen Cent.

Die Arbeitsplatz-vernichtende Gesetzmäßigkeit wird also umgedreht, die besagt: Je weniger Mitarbeiter (im Verhältnis zum Umsatz) bezahlt werden, desto niedriger können Verkaufspreise sein. Stattdessen lautet die Regel des Bandbreitenmodells (bis zu einer vordefinierten Grenze):

**Je mehr Inlands-Mitarbeiter (im Verhältnis zum Inlands-Umsatz) bezahlt werden, desto niedriger können die Inlands-Verkaufspreise sein.**

Unternehmen werden daher Menschen auf die Gehaltslisten setzen, die sie überhaupt nicht benötigen, um sie von der Umsatzsteuer abzusetzen und dadurch ihre Produkte möglichst preisgünstig verkaufen zu können. Dabei werden sie ihnen bei niedrigen Arbeitszeiten hohe Gehälter zahlen. Produkte von Unternehmen, die zu wenige Mitarbeiter (im Verhältnis zum Umsatz) bezahlen, sind aufgrund hoher Mehrwertsteuersätze nahezu unverkäuflich. Kurz gesagt: **Wer in einem Land Waren verkaufen will, muß im gleichen Land entsprechend viele gut bezahlte Arbeitsplätze bieten. Umsätze und Beschäftigung werden regional verknüpft.** Es ist ein faires Geschäft zwischen Konsumenten und Unternehmen. Und der **Arbeitsmarkt wird vollkommen immun gegen die globale Lohnkostenkonkurrenz und Rationalisierungen/Automation.**

#### 4. Ist das Konzept rechtlich zulässig?

Ja. Laut Bundesverfassungsgericht (Urteil vom 11.07.2006, Aktenzeichen 1 BvL 4/00) ist „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Gewährleistung der finanziellen Stabilität des Systems der sozialen Sicherung ein besonders wichtiges Ziel, bei dessen Verwirklichung dem Gesetzgeber gerade unter den gegebenen schwierigen arbeitsmarktpolitischen Bedingungen ein relativ großer Entscheidungsspielraum zugestanden werden muss. Dieser Gemeinwohlbelang ... besitzt eine überragende Bedeutung.“

Desweiteren urteilte das Bundesverfassungsgericht am 21.06.2006 (Aktenzeichen 2 BvL 2/99), daß der Gesetzgeber einen weiten Spielraum hat, verschiedene Gruppen von Steuerzahlern ungleich zu behandeln. Zitat: „Diese Ungleichbehandlung ist mit dem gesetzgeberischen Ziel zu rechtfertigen, die Position des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Die Förderungs- und Lenkungsziele haben hinreichendes Gewicht... Insoweit ist hervorzuheben, daß der Gesetzgeber innerhalb seines Gestaltungsspielraums bei der wirtschaftspolitischen ... Instrumentenwahl von einem dringenden Handlungsbedarf ausgehen und sich ... entscheiden durfte.“

Steuern an Bedingungen zu knüpfen ist nichts Neues. Eine Bedingung ist z.B. der Standort. Wohnen Sie in Flensburg, unterliegen Sie dem deutschen Steuersystem. Verlagern Sie Ihren Wohnsitz 3 Km nördlich nach Dänemark, befinden Sie sich in einem reichlich anderen Steuersystem mit höheren Umsatzsteuern, wobei auf Pkws sogar eine Steuer von bis zu 180% aufgeschlagen wird. Auch innerhalb Deutschlands ist der Satz der Mehrwertsteuer von Bedingungen abhängig, nämlich von Art bzw. Verwendung des Produkts. Für den Verkauf eines Esels verlangt das Finanzamt 19% Mehrwertsteuer, für einen Maulesel 7%. **Islandmoos** kostet 7% MwSt., **isländisches** Moos 19%. Für Oliven, die "durch längeres Mazerieren in Salzlake unmittelbar genußfähig gemacht sind", definierte das Bundesfinanzministerium 7% MwSt., werden die Oliven dagegen "lediglich **vorläufig** in Salzlake haltbar gemacht", will das Bundesfinanzministerium 19% haben. Kommt der Kaffee aus einem Automaten, enthält er 19%, bereitet man sich den Kaffee selbst zu, enthält er 7% MwSt.

Liefert ein Friedhofsgärtner die Bepflanzung eines Grabes, sind 7% fällig, pflanzt er sie auch ein, sind es 19%. Briefmarken enthalten 0% MwSt., Schnittblumen 7% und Topfblumen 19%. Bei Adventskränzen gilt "je grüner der Kranz, desto geringer die Steuer". Der Bundesfinanzhof machte den Steuersatz eines "malt beer base" davon abhängig, wie das Getränk schmeckt.

Die Umsatz-/Mehrwertsteuer hängt also reichlich willkürlich von Fragen ab wie "eßbar oder nicht", "vorübergehend oder dauerhaft haltbar", "aus dem Kaffeeautomaten oder nicht", "haben Pflanzen eine Wurzel oder sind sie abgeschnitten", "Geschmack", usw. Auch andere Steuern sind an Bedingungen geknüpft. Die Höhe der Einkommenssteuer hängt neben der Höhe des Einkommens und der Zahl der Kinder u.a. davon ab, ob sie mit oder ohne Trauschein zusammenleben oder ob die Steuerpflichtigen genug Geld für Steuersparmodelle verdienen. Die Gewerbesteuer hängt von der **Stadt** ab, in der die **Buchhaltung** eines Unternehmens sitzt, während die Körperschaftssteuer vom **Staat** abhängt, in der die Buchhaltung sitzt. Auch z.B. die Vergnügungssteuer hängt vom Standort ab.

Mit dem Bandbreitenmodell findet nicht einmal eine solch zulässige Ungleichbehandlung statt, da alle Unternehmen vollkommen gleich behandelt werden. Wie hoch der Umsatzsteuersatz ihrer Produkte ist, haben die Unternehmen selbst in der Hand.

Auch die Verknüpfung von Steuersätzen mit Arbeitsplätzen und Löhnen gibt es bereits, und zwar bei der Erbschaftssteuer, die bei der Vererbung von Unternehmen anfällt. So bleiben nach der Erbschaftssteuerreform 2008 85% des Unternehmenswertes steuerfrei, wenn der Steuerpflichtige den Betrieb mindestens 15 Jahre weiter betreibt und dabei die Lohnsumme 10 Jahre lang nicht unter 70% der Lohnsumme fällt, die zum Zeitpunkt des Erblassens ausbezahlt wurde.

#### 5. Wie funktioniert das konkret?

Ein Beispiel: Die Automobilkonzerne wollen/müssen zigtausende Menschen entlassen. Das Bandbreitenmodell würde sie dazu bringen, zigtausende Menschen einzustellen – die sie überhaupt nicht brauchen. Bei der Volkswagen AG werden lt. Presseberichten mittelfristig wahrscheinlich 50.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. 2003 erzielte Volkswagen mit 107.195 Mitarbeitern einen Inlands-

umsatz von 17,3 Mrd. €. Das sind 6,2 „**Mitarbeiter pro Umsatzmillion**“. Darauf aufbauend kann der Gesetzgeber ein Ziel definieren, für dessen Erreichung es eine Belohnung gibt, und zwar die „Arbeitsplatzprämie“, die mit der Umsatzsteuer verrechnet wird. Die Umsatzsteuer läge für alle Automobilhersteller bei einer Obergrenze von 80% (für weniger als 6 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“) und einer Untergrenze von 35% (ab 8 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“). Dazwischen gibt es Abstufungen. Wer also weniger als 6 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“ hat, dessen Autos sind durch 80% Umsatzsteuer kaum noch verkäuflich. Wenn Volkswagen 31.093 vollkommen überflüssige Mitarbeiter oder Auszubildende zusätzlich einstellt, sinkt die Umsatzsteuer eines jeden Volkswagen auf 35%. Ford müßte rd. 14.000 überflüssige Mitarbeiter einstellen, Audi 14.464 und BMW 6.124, um auf 35% Umsatzsteuer zu kommen (alle Zahlen beziehen sich auf 2003). Importeure wie Toyota und Renault hätten die Wahl: Entweder beschäftigen Sie proportional zum Inlandsumsatz inländische Mitarbeiter oder sie geben den deutschen Markt auf (siehe Frage 7).

#### **6. Das Modell klingt ziemlich kompliziert und schwer umsetzbar.**

Das klingt nur so, weil es neu ist. Das **gesamte Steuerrecht paßt auf 3 Seiten**. Im Gegenzug entfallen 118 Steuergesetze, 96.000 Steuerverordnungen und ein Berg aus Finanzgerichtsurteilen.

Die Bürger müssen überhaupt nichts mehr über das Steuersystem wissen. Für Bürger gibt es keine Steuererklärungen. Unternehmen geben lediglich einmal monatlich eine Umsatzsteuererklärung ab. Das einzige, was Unternehmen von der Steuer absetzen können, sind Arbeitsplätze, und die einzigen Menschen, die die 3 o.g. Seiten Steuerrecht kennen müssen, sind Geschäftsführer, Vertriebsleiter und Buchhalter. Der Aufwand läge bei jährlich 1 Minute pro Produktgruppe (sofern in ihren Branchen die Umsatzsteuersätze überhaupt nach Produktgruppen differenziert werden). In den Stammdaten der Warenwirtschaftssoftware wird per Mausklick in Sekunden der Umsatzsteuersatz aktualisiert, und das war's. Deshalb kann man das Steuersystem auch binnen 4 Wochen bundesweit gegen das bisherige austauschen. Die steuerrechtliche und steuertechnische Zeitverschwendung entfällt.

Das ganze Konzept ist wie ein Uhrwerk. Auf nur 9 Seiten wird die Funktion des Uhrwerks anhand von leicht nachvollziehbaren Beispielen ausführlich erklärt, so daß es jeder interessierte Laie versteht. Die Prinzipien sind simpel, und für den Benutzer sind die Ergebnisse so einfach abzulesen wie die Uhrzeit.

#### **7. Man kann Unternehmen nicht zwingen, überflüssige Mitarbeiter einzustellen**

Niemand wird gezwungen. Z.B. Toyota kann seine Autos problemlos aus Ungarn importieren. Nur erhält Toyota keine Arbeitsplatzprämien, wenn es nicht genügend inländische Mitarbeiter beschäftigt und muß seine Autos mit 80% statt 35% Umsatzsteuer verkaufen. Volkswagen, Ford und Opel werden sich über jeden Mitbewerber freuen, der überteuerte Autos anbietet, und dessen Marktanteile übernehmen.

#### **8. Gäbe es dann nur noch deutsche Produkte zu kaufen?**

Aber nein. Jedes ausländische Unternehmen hat unbeschränkten Zugang zum deutschen Markt. Und der deutsche Binnenmarkt, der nach den USA nach wie vor der zweitattraktivste der Welt ist (Japan ist protektionistisch abgeschottet und daher uninteressant), wird mit dem Bandbreitenmodell insgesamt ca. 182% mehr Umsatz erzielen, wobei die Bereiche Handel und Industrie sogar um rd. 290% wachsen. Desweiteren sinkt trotz der zusätzlichen Mitarbeiter der Lohnkostenanteil durch die Abschaffung der Lohnnebenkosten von 53% (2003) auf 38%. Es wäre also betriebswirtschaftlich unsinnig, sich vom deutschen Markt zurückzuziehen. Hersteller fast aller Branchen werden Fertigungen/Endmontagen in Deutschland aufbauen (selbst bei Produkten, deren Produktion als nicht zurückholbar gilt, wie z.B. Textilien, Möbel, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik und Spielwaren).

#### **9. Würde der Welthandel zurückgehen, sobald andere Länder das System kopieren?**

Jein. Der grenzüberschreitende Handel wird erheblich zurückgehen, jedoch durch den nationalen Handel mehr als überkompensiert, weil die Konsumenten in allen Ländern, die die das Konzept der Strategiepartei umsetzen, erheblich mehr Kaufkraft erhalten. Insgesamt würde das Handelsvolumen drastisch steigen. Extrem sinken würde allerdings der Transportverkehr mitsamt allen Belastungen für Umwelt und Verkehrswege. Desweiteren würden alle Nationen, die das Konzept umsetzen, durch die Entflechtung der Weltwirtschaft weitestgehend unabhängig von Krisen anderer Länder. Sogar, wenn z.B. die überschuldete US-Wirtschaft zusammenfiel, hätte das auf Deutschland keine Auswirkungen.

#### **10. Würden die Unternehmen dann nicht die Belegschaftszahlen aufblasen, indem sie die Arbeit in Minijobs zerlegen?**

Im Gegenteil. Es wird keine schlecht bezahlten Minijobs mehr geben, weil es Arbeitsplatzprämien nur für 4 Beschäftigungsmodelle gibt: Erstens **maximal 1.200 Jahresstunden Arbeitszeit** bei **mindest-**

tens **40.000 € Jahresgehalt**, zweitens **max. 600 Stunden jährlich für mindestens 32.000 €** drittens „abwesende Arbeitnehmer“ mit **Null Stunden Arbeit für mindestens 24.000 € jährlich** und viertens **Auszubildende**. Wenn auch nur ein einziger Angestellter 1.201 Stunden im Jahr arbeitet, entfallen alle Arbeitsplatzprämien für das gesamte Unternehmen. Das könnte sich kein Unternehmen leisten.

### **11. Warum nur maximal 1.200 Stunden Jahresarbeitszeit? Was ist z.B. mit unentbehrlichen Mitarbeitern?**

Die Arbeitgeber werden motiviert, überflüssige Arbeitnehmer nicht nur als Ballast auf den Gehaltslisten mitzuschleppen und in sinnlosen Pseudo-Jobs versauern zu lassen (wie z.B. beim Telekom-Mitarbeiterparkplatz „Vivento“, das nicht zufällig den Spitznamen „Wie wenn tot“ trägt). Stattdessen liegt es nun im Interesse der Arbeitgeber, sich aus der Abhängigkeit von wenigen Leistungsträgern zu befreien, indem sie möglichst vielen Mitarbeitern möglichst brauchbare Weiterbildungs-Qualifikationen ermöglichen. Aus Arbeitnehmersicht hat die Regelung u.a. folgende Konsequenzen: Hochgefragte Spezialisten könnten z.B. 20 Wochen lang 60-Stundenwochen durchziehen – dann sind die 1.200 Stunden voll, und sie haben 32 Wochen bezahlten Urlaub. Eine weitere Konsequenz sind „umgekehrte Sickereffekte“. Sozusagen als Umkehr des nach unten gesickerten taxifahrenden Akademikers erreichen nun sehr viele Arbeitnehmer Arbeitsplätze, die bisher unerreichbar waren. Insgesamt bedeutet die Regelung, daß die dramatisch verkürzte (und dank Rationalisierung immer weiter sinkende) Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich möglichst gleichmäßig verteilt wird. Streß wird minimiert, niemand arbeitet mehr als 30 Wochenstunden (bei 12 Wochen Jahresurlaub), und das Wichtigste tritt in den Vordergrund: Das Privatleben.

Die Arbeitszeit-Begrenzung ist kein Muß, sondern eine **Option**, die umgesetzt werden sollte, sofern der „Vivento-Effekt“ zu große Ausmaße annimmt und eine 2-Klassen-Arbeitnehmerschaft aus echten und Pseudo-Jobs zu entstehen droht. Natürlich könnte man auch die Arbeitszeit-Begrenzungen je nach Branche spezifizieren.

Wichtig: Die Arbeitszeitbegrenzung gilt nur für Arbeitnehmer. Unternehmens-Eigentümer (ab einer Beteiligung von z.B. 2%) können beliebig lange arbeiten, ohne die Arbeitsplatzprämien zu gefährden.

### **12. Der Arbeitsmarkt dreht sich also um 180° in ein Arbeitnehmer-Paradies?**

Ja. **Arbeitgeber werden die Arbeitnehmer umwerben müssen – und seien sie noch so unqualifiziert oder unflexibel**. Dieser Wettbewerb findet hauptsächlich über die Gehälter statt. Ein Jahresgehalt von 40.000 € ist die absolute Untergrenze. Die Durchschnittsgehälter werden deutlich darüber liegen. Statt wie bisher lediglich Gehälter zu zahlen, die knapp über der Motivationsgrenze der Arbeitnehmer liegen, um nicht zu Hause zu bleiben oder woanders zu arbeiten, werden sich die Gehälter künftig an der Obergrenze dessen bewegen, was der Lohnkostenanteil an den erzielbaren Produktpreisen hergibt. Desweiteren werden die Arbeitsbedingungen in bisher unvorstellbarem Ausmaß an die Arbeitnehmer angepaßt. Nun ist es an den Arbeitgebern, Flexibilität zu zeigen hinsichtlich Arbeitszeiten, Kinderbetreuung, Betriebsklima, usw. Altersdiskriminierung und Mobbing kann sich kein Unternehmen mehr leisten. Stattdessen wird es seine Mitarbeiter an sich binden müssen, da die Gewinnung neuer Mitarbeiter in einem leergefegten Arbeitsmarkt weitaus schwieriger und teurer ist.

**Alle Unternehmen, die in Deutschland etwas verkaufen wollen, werden weniger Mitarbeiter beschäftigen, als sie sich leisten können, aber mehr, als sie benötigen.**

### **13. Wie kann man einen Arbeitnehmermangel vermeiden?**

Das Bandbreitenmodell kann durch seine Stellschrauben sehr schnell an neue Ziele und Situationen angepaßt werden. Die Stellschrauben sind:

1. die Untergrenze der Umsatzsteuer,
2. deren Obergrenze,
3. die Staffelung der Arbeitsplatzprämien,
4. die Gehaltsvoraussetzungen (siehe Frage 10),
5. die Arbeitszeitvoraussetzungen (siehe Frage 10),
6. die Differenzierung nach Produktgruppen oder sogar einzelnen Produkten (was aber eine seltene Ausnahme bleiben wird) und
7. (optional) die Gestaltung einer „Vorproduktumsatzsteuer“, um zu verhindern, daß Lieferantenkettten verkürzt werden, um Steuern zu sparen (als Ersatz für den abgeschafften Vorsteuerabzug der MwSt.).

Das Ziel muß die Balance sein, auf dem Arbeitsmarkt immer einen leichten Unterdruck zugunsten der Arbeitnehmer zu erhalten, ohne die Arbeitgeber zu überfordern. Diese Gefahr besteht aber bei weitem nicht. Selbst bei 45 Mio. Arbeitnehmern und einem Durchschnittsjahresgehalt von 50.000 € netto würden die Lohnkosten von heute 53% auf 38% des Umsatzes sinken, weil die zusätzliche Kaufkraft zu zusätzlichem Umsatz wird und die Lohnkosten überkompensiert.

#### **14. Wie kann man hohe Gehälter in Branchen zahlen, deren Preisniveau zu gering ist?**

Bei Niedriglöhnen ist zunächst nach der Preisempfindlichkeit der Kundengruppen zu unterscheiden. Unternehmen können höhere Preise für bisherige Billig-Arbeit meist leicht in der Gesamtkalkulation unterbringen, sofern alle anderen Unternehmen der gleichen Branche dies auch tun müssen. Diese Gleichbehandlung ist beim Bandbreitenmodell garantiert. Am preisempfindlichsten sind Privatkunden bei privaten Dienstleistungen. Ggf. ist politisch zu entscheiden, ob und in welchen Niedriglohn-Branchen man das Bandbreitenmodell ausnahmsweise nicht einsetzen will. Oder ob man einfach niedriger verlaufende Bandbreiten von Umsatz und Beschäftigung definiert.

Ein Klassiker unter den Extrembeispielen ist die Feldarbeit. Einerseits kann und will fast kein Deutscher für so wenig Geld (von dem man in Deutschland nicht wirklich leben kann) arbeiten. Andererseits sind Lebensmittel in Deutschland billiger als in fast allen anderen Ländern der Welt. Bei den Preisen gibt es (in Anbetracht der im Bandbreitenmodell viel höheren Nettogehälter) Spielraum nach oben. Will man deutsches Obst und Gemüse nicht nennenswert verteuern, bieten sich Saisonarbeiter aus dem Ausland an.

Aber was, wenn man in einer preisempfindlichen Niedriglohnbranche deutsche Arbeitnehmer (oder Menschen mit deutscher Arbeitserlaubnis) beschäftigen will? Dann sind 2 Aufgaben zu lösen:

Erstens sind Preise, mit denen hohe Gehälter finanziert werden können, oft nicht durchsetzbar. Nehmen wir als Extrembeispiel für Niedriglöhne das Friseurhandwerk. Friseurgesellen verdienen 2007 durchschnittlich rd. 1.400 € brutto und kosten den Arbeitgeber (incl. Lohnnebenkosten) 1.698 € monatlich. Netto kommen nur 981 € beim Friseurgesellen an (siehe Gehaltsrechner unter sueddeutsche.de). Der Arbeitgeber muß also monatlich pro Gesellen 1.698 € zzgl. Deckungsbeitrag für sonstige Kosten (Miete, Material, etc.) und Gewinn erwirtschaften. Durch das Bandbreitenmodell verdient jeder Vollzeitmitarbeiter nun mindestens 40.000 € jährlich (siehe Frage 10), also 3.333 € monatlich (brutto = netto, incl. privater Rentensparsumme, siehe Frage 16) und kostet seinen Arbeitgeber auch nicht mehr als sein Nettogehalt. Wie kann man doppelt so hohe Lohnkosten erwirtschaften? Entweder (da Miete und andere Fixkosten gleich bleiben) durch ca. 70-80% höhere Preise (was nur selten durchsetzbar wäre). Oder man muß Niedrigpreis-Arbeit subventionieren. Subventionen sind nicht grundsätzlich schlecht. Es kommt immer darauf an, was und wie man subventioniert (Bildung, Kinderbetreuung, etc.). Im Bandbreitenmodell werden ohnehin alle Arbeitsplätze subventioniert. Niedrigpreis-Arbeit kann man subventionieren, indem man Privatkunden-Umsätze in Branchen wie dem Friseurhandwerk (oder auch z.B. bei der Gebäudereinigung) überhaupt nicht besteuert und das Bandbreitenmodell überhaupt nicht anwendet. Dann könnten die Preise für Billig-Dienstleistungen im Vergleich zu heute sogar erheblich sinken (Steuerfreiheit, keine Lohnnebenkosten mehr). Aber selbst das würde das Problem nicht lösen, denn nun kommt die 2. o.g. Aufgabe hinzu:

(Potentielle) Friseurgesellen, Reinigungskräfte etc. werden sich fragen: „Warum soll ich dort für 1.400 € netto arbeiten, wenn ich in anderen Branchen (zu denen nun jeder viel leichter Zugang bekommt) mehr als das Doppelte verdienen kann?“ Infolgedessen würde man keine inländischen Arbeitnehmer mehr für Billig-Dienstleistungen finden. Die 2. Aufgabe ist also, Billig-Dienstleistungen aus Arbeitgebersicht konkurrenzfähig gegenüber anderen Branchen zu halten. Dies erreicht man durch ein Kombi-Modell. Arbeitnehmer „X“ läßt sich als „abwesende Arbeitnehmer“ (siehe Frage 10) auf die Gehaltsliste eines beliebigen anderen Unternehmens „Y“ setzen und erhält von Y 2.000 €. Der Billig-Dienstleistungs-Arbeitgeber „Z“ zahlt ihm gleichzeitig 1.500 €. Arbeitnehmer X erhält also 3.500 €, Unternehmen Y setzt X von der Umsatzsteuer ab und **Arbeitgeber Z hat einen Arbeitnehmer, der 3.500 € verdient und ihn nur 1.500 € kostet**

Hinzu kommt: Die Kaufkraft der einzelnen Privatkunden steigt um über 60%. Die Zahl der gut bezahlten Erwerbstätigen steigt auf mindestens 45 Mio. Konsumenten. Die Gesamtkaufkraft der Privatkunden (Gehälter, Renten und Selbständigeneinkommen) steigt um ca. 1,7 Billionen €. Deshalb werden **sämtliche Dienstleistungen viel öfter in Anspruch genommen**. Um beim Beispiel Friseurhandwerk zu bleiben: Statt alle 10 Wochen geht man z.B. alle 4 Wochen zum Friseur und kann es sich leisten, bei jedem Besuch wesentlich mehr Geld für umfangreichere Leistungen auszugeben.

#### **15. Steigen durch die höhere Umsatzsteuer und die zusätzlichen Mitarbeiter die Preise?**

Einerseits gibt die Kaufkraft höhere Preise her. Andererseits verbessert sich die Kalkulationsgrundlage der Unternehmen (vor allem bei Dienstleistungen) u.a. aufgrund der steuerfreien Gewinne, der abgeschafften Lohnnebenkosten und der weitaus höheren Umsätze so sehr, daß (in einem kompetitiven Markt wie dem deutschen) trotz einer höheren Umsatzsteuer und zusätzlicher Mitarbeiter die Preise wahrscheinlich leicht sinken könnten. Exportprodukte können sogar um 38% billiger angeboten werden.

Bei Billigprodukten würden die Preise steigen, sofern man das Bandbreitenmodell so spezifiziert, daß es sich lohnt, die Produktion solcher Produkte nach Deutschland zurückzuholen. Falls in einigen Be-

reichen die Preise steigen sollten, dann in jedem Fall in erheblich geringerem Ausmaß als die Gehaltssteigerungen. Der **Wohlstand steigt also in jedem Fall**.

#### **16. Wer finanziert die Renten, wenn es keine Sozialabgaben mehr gibt?**

Das heutige Rentensystem wird abgewickelt. Alle heutigen und baldigen Rentner erhalten (durch die Umsatzsteuer finanziert) eine Mindestrente von monatlich 1.500 € (Alleinstehend) bzw. 2.500 € (Paar) netto. Heute höhere Renten bleiben gleich hoch. Die 2006 eingeführte Besteuerung von Renten, Zinsen, Mieteinkünften etc. wird wieder abgeschafft.

Die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ (DRB, ehemals BfA) bietet einen Aktienfonds an, in den alle Erwerbstätigen (künftige Rentner) 10% ihres Einkommens auf ihr eigenes privates Konto in einen Fondssparplan einzahlen können – wenn sie es wollen. Und sie werden es wollen, denn die sicheren und konkurrenzlos gut verzinsten Spargelder bleiben ihr Eigentum, werden in Monatsraten ausbezahlt und sind voll vererbbar. Die DRB arbeitet ohne Verwaltungsgebühren, Ausgabe- oder Rücknahmeaufschläge, so daß die Renditen zu 100% bei den Sparern ankommen.

Allerdings gibt es ein Problem beim massenhaften Fondssparen: Wohin mit dem Geld, wenn alle Menschen dem Rat der Experten folgen und Aktien kaufen? Bei einer Sparrate von 10% wären (je nach Aktienkursen) nach spätestens 5-7 Jahren alle deutschen Aktien aufgekauft, in ca. 26 Jahren könnten deutsche Rentensparer alle US-Aktien aufkaufen. Langfristige Folge: Die Verzinsung sinkt proportional zu den Anteilen am Gesamtfonds.

Deshalb wird das wichtigste Standbein in lebenslangen Erwerbseinkünften liegen. Dabei legt jeder Mensch selbst fest, ab wann er sein Beschäftigungsmodell wechseln will, also z.B. von max. 1.200 Jahresstunden auf max. 600 Jahresstunden und schließlich als „abwesender Arbeitnehmer“ auf 0 Arbeitsstunden wechseln will (siehe Frage 10). Das Ergebnis sind **Alterseinkünfte**, die als Kombination aus „abwesender Arbeit“ und Fondsauszahlungen bei einem **mehrfachen der zu erwartenden Renten des heutigen gesetzlichen Rentensystems** lägen.

#### **17. Wie finanziert sich das Gesundheitssystem ohne Kassenbeiträge?**

Das Gesundheitssystem wird um den Anbieter „Staatliche Privatkrankenversicherung“ (SPKV) erweitert – eine **beitragsfreie Vollkaskoversicherung mit einer Eigenbeteiligung von maximal 10% eines Jahreseinkommens**. Was über die 10%-Grenze hinausgeht, wird (durch die Umsatzsteuer finanziert) aus dem Staatshaushalt zugeschossen. Die Verwaltungskosten der SPKV sowie ggf. Trägerschaften medizinischer Einrichtungen finanziert ebenfalls der Staatshaushalt. Wer in einem Jahr nicht zum Arzt geht, **zahlt also überhaupt nichts und ist dennoch krankenversichert**.

Das Gesundheitssystem hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, dessen Ursache vor allem darin liegt, daß weitestgehend entmündigte Patienten weder die Informationen noch die Motivation haben, um die Kosten zu vermeiden, die sie selbst verursachen. Jeder SPKV-Versicherte wird deshalb vor einer Behandlung über Kosten und Alternativen informiert und erhält die volle Kostenkontrolle und damit die bestmögliche Souveränität über die Leistungserbringer (Ärzte, Kliniken, Apotheken). Da die Patienten die ersten Kosten medizinischer Leistungen selbst zahlen müssen, sind sie nun motiviert, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Mit einer bestmöglichen medizinischen Versorgung für alle gibt es weder unversicherte Menschen noch die übliche Rationierung von Therapien (heute **sterben Geringverdiener durchschnittlich 9 Jahre früher** als Besserverdiener) noch Patienten 2. Klasse. Ärzte und Pflegepersonal verdienen erheblich mehr bei erheblich kürzeren Arbeitszeiten.

#### **18. Werden Innovationen und Automation durch das Bandbreitenmodell aufgehalten?**

Überhaupt nicht. Zunächst einmal muß man Innovationen und Automation unterscheiden. Die **Automation** bezieht sich auf **Produktionsprozesse**, während sich **Innovationen** auf **Produkte** beziehen.

Die **Automation** bekommt neue Ziele. Statt menschliche Arbeitskraft aus Kostengründen zu ersetzen und die menschenlose Vollautomation anzustreben, wird die Arbeitswelt immer ergonomischer werden müssen, weil die Arbeitnehmer die Auswahl zwischen unterschiedlich anstrengenden, gesundheitsgefährdenden und stupiden Tätigkeiten haben. Weiterhin wird die Automation unverzichtbar sein, um kleine/präzise/massenhafte Produkte überhaupt herstellen zu können. Auch aus Kundensicht ist Automation unverzichtbar, sofern sie für immer mehr Komfort sorgt.

**Innovationen** erfolgen fast ausschließlich aus betriebswirtschaftlichen Motiven: Wer die Kaufkraft potentieller Kunden in eigene Umsätze umwandeln will, muß neue bzw. immer bessere Produkte anbieten. Da das Bandbreitenmodell die Kaufkraft extrem steigert, werden die Innovationen ebenso extrem angetrieben.